

Migranten-Familien als Motor der Integration in der Einwanderungsgesellschaft – Bausteine für einen ressourcenorientierten Ansatz¹

1. Vorbemerkung

Derzeit - zu Jahresbeginn 2004 - sieht es nicht danach aus, als wenn das einst als migrationspolitischer Paradigmenwechsel gefeierte Projekt eines Zuwanderungsgesetzes, das mit der Fiktion von Deutschland als einem Nicht-Einwanderungsland aufräumen sollte, in absehbarer Zeit zustande kommt. An die Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition war bei vielen die Hoffnung geknüpft, dass der im Grunde bestehende parteiübergreifende Konsens über die notwendige Verstärkung und Profilierung einer Integrationspolitik (anstelle des bisher betriebenen komplexen „muddling through“ mit restriktiver Ausländerpolitik als Kern) in ein mit Innovationskraft und Finanzen ausgestattetes Integrationsprogramm übersetzt werde. Ein solches Programm sieht der ursprüngliche Gesetzentwurf vor, es bleibt aber inhaltlich bis auf die Regelungen zu den verpflichtenden Sprach- und Integrationskursen sehr vage, und eine operativ tragfähige Finanzausstattung dafür ist nicht in Sicht.

Der Blick auf die Bundesebene hat allerdings seine Tücken, denn Integration ist erstens ein Prozess, der „vor Ort“ stattfindet und **kommunal** gestaltet und betrieben werden muss; und zweitens kann Integration nicht als **staatliche Veranstaltung**, sondern nur als **gesellschaftliches Projekt** vorankommen. An diese beiden Grundprämissen: Integration findet kommunal - richtiger noch: im sozialen Nahraum - statt oder gar nicht; und sie findet als gesellschaftliches Bewältigungsprojekt statt - oder gar nicht, knüpfe ich mit meinen weiteren Überlegungen an. Das heißt nicht, dass die zentralstaatliche Politik dabei keine Rolle zu spielen hätte - so wie sie auch bei der Eingliederung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge bis zum Mauerbau ihre Rolle neben Wirtschaft und Gesellschaft gespielt hat.

Zwei weitere Thesen möchte ich gleichsam als rote Balken über meinen Beitrag stellen.

1.1 Migration ist ein Familienprojekt. Integration kann nur mit den und durch die Migrantenfamilien funktionieren

Diese These leitet sich aus der Arbeit der Sachverständigenkommission zum sechsten Fami-

lienbericht ab, der die Leistungen zugewanderter Familien ins Zentrum seiner Arbeit gestellt hat. Die These lässt sich schon aus wenigen klaren Daten und Fakten ableiten: Migration nach Deutschland findet während des letzten Jahrzehnts vor allem als „neue Migration“ abseits der hoch regulierten Arbeitswanderung statt, die schon 1973 mit dem Anwerbestopp endete: Als Flüchtlingsmigration, als Familiennachzug, als befristete Rotationswanderung oder als graue oder illegale Zuwanderung. Seit dem Anwerbestopp gibt es einen fundamentalen 30-Jahre-Trend in der Zusammensetzung der zugewanderten Bevölkerung: Beim Anwerbestopp 1973, vor genau 30 Jahren, waren 60% der Migranten/innen erwerbstätig, und ihre Mehrheit waren Männer, viele noch ohne ihre Familien. Inzwischen ist die Bevölkerung mit Migrationshintergrund und nichtdeutscher Staatsangehörigkeit nur noch zu 30% erwerbstätig. Aus Arbeitern sind Familien geworden, auch solche in der zweiten und dritten Generation, und unter den Erwerbspersonen mit Migrationshintergrund ist die Arbeitslosigkeit im ganzen mehr als doppelt so hoch wie unter den „ethnisch deutschen Erwerbspersonen“. Der Anteil der Zugewanderten an der Gesamtbevölkerung hat sich zugleich mehr als verdreifacht. Die zugewanderte Bevölkerung stellt einen überdurchschnittlich hohen Anteil des „Familiensektors“, der Familien mit Kindern und der Dreigenerationenfamilien. Das gilt besonders für die großen Städte, in denen sich der Löwenanteil der zugewanderten Bevölkerung konzentriert. 86% der Griechen, 82% der Italiener, 81% der Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien, 77% der Türken haben ihre Wohnung (Zahlen von 1995) in Städten mit mehr als 100.000 Einwohner/innen².

Die Lebensform Familie - Vater, Mutter, Kind(er) - wird in Deutschland vor allem dort zu einem immer größeren Anteil von der Migrationsbevölkerung gelebt. Das findet seine Grundlage auch darin, dass sich die Individualisierung der Familienformen bei den „deutschen“ Familien schneller vollzieht als bei den Zugewanderten, bei denen der Anteil der Ehepaare mit Kindern - nach Daten des SOEP 1998 - mit 49% mehr als doppelt so groß ist wie bei den „einheimischen“ Haushalten (alte Bundesländer: 22,9%)³; und die als traditionalistisch abgestempelten Mehrgenerationen-Haushalte finden sich bei Migranten-Familien mit 5,8% fast sechs mal so häufig wie bei deutschen Familien⁴. Von daher scheint es dringend an der Zeit, die bisher in aller Harmlosigkeit durchweg als „national deutsches“ Projekt gehandelte Familienpolitik in der nächsten Zeit in Bezug auf jeden Teilaspekt neu auch und gerade auf den Bedarf und die Anforderungen von Fami-

lien mit Migrationshintergrund hin zu orientieren und zuzuschneiden.

Während in der Hauptphase der gelenkten Arbeitsimmigration Integration - als eine Art Minimal-Integration in Baracke und Wohnheim, auf Baustellen und an Fließbändern, auf Abruf, als Rotations-Integration - gut und gern an die Arbeitgeber delegiert war, liest sich heute Integration als ein anspruchsvolles normatives Projekt. Familien mit Frauen, Kind und Kegel sollen „ihren Weg machen“ in die komplexen Strukturen einer Einwanderungsgesellschaft, die immer noch damit ringt, das endlich anzuerkennen - ohne dass die Zugewanderten dabei ihre Herkunft verleugnen müssen und ohne dass sie in isoliertem Nebeneinander mit den Institutionen und Netzwerken der Aufnahmegesellschaft verharren. Die Reibungs- und Begegnungsflächen zwischen den Zugewanderten und den „Einheimischen“ (zu denen sich dann, oft besonders ablehnend, auch Zugewanderte früherer und erst kurz zurückliegender Immigrationswellen zählen) liegen aus der alltäglichen Wahrnehmungsperspektive von Familien im Wortsinn „vor der Haustür“, im sozialen Nahraum, in den Nachbarschaften. Das gilt trotz der heftigen Debatte um und der ins veröffentlichte Bewusstsein eingebrannten Bilder von den „Türkenghettos“, deren Existenz uns zumindest durch die regelmäßigen Befragungen des Zentrums für Türkeistudien⁵ gerade **nicht** bestätigt wird. Der Großteil der türkischen und türkischstämmigen Bevölkerung lebt nicht nur in Quartieren, sondern auch in Häusern mit ethnisch gemischter Bewohnerschaft, und auf eine solche ethnisch gemischte Bewohnerstruktur richten sich auch die Wünsche der Befragten türkischer Herkunft.

Meine erste These lautet also: Zuwanderung ist Familienwanderung, Migration ist ein Familienprojekt, Integration kann nur über die und mit den Migrantengruppen **Familien** funktionieren.

Und die zweite These lautet: 1.2 Leben heißt lernen

Lernen findet nicht nur in Institutionen und als Bildungsveranstaltung statt, sondern vielmehr als lebensbegleitendes oder besser lebensintegriertes Lernen. Wenden wir unseren Blick auf Lernen im Alltag, dann verstehen wir auch besser, wie viele Voraussetzungen erfolgreiches Lernen in Institutionen, vom Sprachlernen im Kindergarten bis zur allgemeinen Bildung in den Schulen und bis zur Berufsausbildung, hat - Voraussetzungen oft, die auf den ersten Blick nichts mit Bildung zu tun haben, sondern z.B. mit der Lebenspraxis in den Familien und mit gelebtem sozialem Alltag im Quartier. Dass die spezifischen Leistungen von Migrantengruppen im Integrationsprozess so lange im

Schatten bleiben konnten, das hat auch mit der generellen Blindheit der öffentlichen Wahrnehmung und Anerkennung für die „Schattenarbeit“ im Reich der Familien, die weitgehend Frauenarbeit ist, zu tun. Die Debatte um Anerkennung und gesellschaftliche Sicherung von „care work“ ist zwar „alt“, aber noch weit davon entfernt, nachhaltig tragfähige Lösungen entwickelt zu haben. Das zeigen uns die auf Alarm gestimmten Debatten um die Demographie, in denen es, verkleidet in Finanzkrisen, um die Sicherung der gesellschaftlichen Ressource „Caring“ geht, einmal gegenüber der nachwachsenden Generation und zum zweiten gegenüber den Älteren, die - zunehmend erst jenseits des 80. Lebensjahrs - auf Hilfe und Pflege angewiesen sind.

Es gibt einen wichtigen Teilbereich der von Familien mit produzierten Leistungen, der erst vor kurzem ins Blickfeld von Wissenschaft und öffentlicher Debatte geraten ist: nämlich die Bildungsleistungen von Familien⁶. Sie sind in der Tradition des seit den Zeiten des Obrigkeitsstaats als hoheitliche Aufgabe verstandenen Schulwesens in Deutschland bisher praktisch und theoretisch nie als Teil der Sozialpolitik begriffen wurden - anders als z.B. in den USA, wo manche Autoren in der Bildungspolitik den Kern der amerikanischen Sozialpolitik sehen⁷. Bildungsleistungen wurden aber auch nie als Leistungen der Familienarbeit konzeptualisiert, weshalb die negative Kehrseite „scheiternder“ Familien-Bildungsarbeit - sich stabil vererbende Bildungsarmut - erst sehr spät in Deutschland zum Gegenstand von Forschung wurde⁸. Die neue Bildungsdebatte nach PISA und rund um Versäumtes rund um das Lernen und Wissen der Kinder im Vorschulalter⁹, aber auch der Einfluss der internationalen Debatten um lebenslanges und informelles Lernen sind eben dabei, die hermetischen Grenzen, die in Deutschland bisher zwischen Bildungswesen, Lebenswelt und Sozialpolitik zu gelten schienen, zu durchlöchern. Das zeigt sich derzeit schon in einer Reihe bildungsbezogener Forschungsprojekte, die Prozesse nonformalen und informellen Lernens behandeln. Diese „neue Offenheit“ der bildungspolitischen Debatte wird und muss auch die Forschungen und die Debatten zur Bildungsbenachteiligung von Migrantengruppen (Kindern und -jugendlichen) beflügeln und sie durch die Verknüpfung mit anderen Aspekten von Integration bzw. Segregation aus ihrer fachlichen Engführung herauslösen

Das ist also meine zweite These: Bildung ist oft gerade dort drin, wo nicht Bildung draufsteht: in der sozialen Alltagspraxis, auch und gerade in den Familien. Auch wo Migrantengruppen aus der ersten und zweiten Generation Bildungswissen fehlt, das sie an ihre Kinder

weiterreichen könnten, stellen sie doch oft genug ein Klima der lernenden Neugier her, das mit erklären kann, wie bildungserfolgreiche Biografien von Zugewanderten während der letzten Jahrzehnte möglich waren. Wie viel erfolgreiche Integration mit Bildung zu tun hat, das zeigen uns ex negativo die immer wieder zitierten Negativ-Statistiken zu mangelnden Schulerfolgen vieler Migrantenkinder und zu den vielen Negativfolgen, die sich biografisch als Folge von Bildungsarmut auftürmen.

2. Integration: Akteure/innen und Handlungsfelder

2.1 Integration – wessen Angelegenheit?

Ich möchte jetzt danach fragen, wessen Angelegenheit Integration ist bzw. sein sollte; und im nächsten Schritt skizziere ich unterbelichtete Handlungsfelder im hier verhandelten gesellschaftlichen Entwicklungsprojekt „Integration“ - denn wir sind in diesem Punkt sicherlich Entwicklungsland oder besser eine Gesellschaft als „Entwicklungswerkstatt“, was aber sicherlich für alle Einwanderungsländer gilt.

Wer normativ und mit eigenem Engagement über die Integration von Migranten/innen als Familienmenschen spricht, der versteht darunter nicht einfach das Einpassen in unsere Lebenswelt, keine schlichte Assimilation. Die Zugewanderten werden vielmehr in ihrer Verschiedenartigkeit, mit ihrem Rucksack an kultureller und religiöser Tradition und Eigenständigkeit akzeptiert. Sie werden als Bereicherung für das Leben in unseren Städten, in unserem Land verstanden. Das bedeutet auch zu verstehen: Unser Land hat sich durch die Zuwander/innen verändert - und es verändert sich durch ihre Integration und durch Neuzuwanderung weiter. Integration heißt auch, dass wir uns selbst gemeinsam neu erfinden (und das kann durchaus, wie wir ja seit Jahrzehnten erlebt haben, hinter unserem Rücken geschehen, ohne dass wir das bewusst und planmäßig betreiben). Es heißt auch: Dass wir uns gemeinsam mit den Neuen um den sozialen Zusammenhalt kümmern. Wechselseitige Abwehr und Fremdheitserfahrungen, die in Angst und Aggression umschlagen können, wollen wir im Zaum halten und überwinden. Mir scheint das eine notwendige Erweiterung des Integrationsbegriffs über die Perspektive der Einzelnen und der Familien hinaus. Neben der Frage nach der biografisch erfolgreichen Integration im Sinn eines gelingenden Lebensplans, der im Aufnahmeland nicht aneckt, gilt es also auch die Ebene kollektiven Handelns, der Systemintegration ins Auge zu fassen. Meinem Eindruck nach wird diese Dimension, eher unausgesprochen, auch in der gesamten

deutschen Debatte über Ziele und Aufgaben der Integrationspolitik weitgehend mitgedacht, allen Irritationen durch die unglückliche, aber wichtige Leitkulturdebatte und den zweifellos starken Wunsch vieler, die Abwehrzäune gegen die Zuwanderung zu verstärken, zum Trotz.

Jetzt komme ich zu der **Frage**, die ich eingangs dieses Abschnitts angekündigt habe: Wessen Angelegenheit ist die Integration der Menschen, der Familien, die als Zuwanderer und Zuwanderinnen zu uns kommen?

Zum Auftakt möchte ich dazu **vier Typen von Integrationshandeln** unterscheiden und die verschiedenen Akteure benennen, die nach diesen Handlungsmustern vorgehen bzw. mit diesen Steuerungsmedien hantieren:

Typen und Akteure von Integrations-Handeln	
Staat: Recht, Geld	Marktsubjekte: Angebot und Nachfrage
Gemeinschaft: Werte/ Sinn	Familien: Liebe/ Bindung/ Verpflichtung

Da ist einmal die staatliche Ebene, die gesellschaftliche Prozesse durch rechtliche Rahmenregeln und durch Finanzströme beeinflusst. Dann sind da die Märkte, zuerst die Arbeitsmärkte, auf denen die Menschen als ökonomische Subjekte ihre Angebote und ihre Nachfrage zur Passung zu bringen versuchen. Die schematische Entgegensetzung von Staat und Markt in der ordnungspolitischen Debatte übersieht nur zu oft, dass Staat und Markt noch nicht „Gesellschaft ausmachen“. Familien und Gemeinschaften sind zwei weitere soziale Motoren für gesellschaftliche Entwicklung, und sie handeln nach einer anderen Logik als nach der von Bürokratie/Recht oder von Markt/Ökonomie. Holzschnittartig können wir den Gemeinschaften - von Freundeskreisen über Nachbarschaften und Vereinen bis hin zu Religionsgemeinschaften - als Handlungsmuster gemeinsame Wertorientierungen und Sinnhorizonte zuschreiben; und den Familien die auch nicht gerade schwachen Handlungsmotoren „Liebe/Bindung/Verpflichtungen“. Wenn wir integrierte Handlungskonzepte zur Bewältigung der Integrationsaufgabe in unserem Zuwanderungsland entwickeln wollen, dann müssen wir uns vor allem für die Schnittmengen und Kombinationen zwischen diesen vier Feldern interessieren. Zugespitzt formuliert ließe sich sagen, dass der Innovationsgrad von politischen Handlungskonzepten von dem Maß abhängt, in dem sie kreative Kombinationen und Kooperationen der verschiedenen Typen von Akteuren und Handlungsmuster nicht zur zulassen, son-

dern regelrecht erfinden. Nur wenn wir über die Vielgestaltigkeit der Akteure im Bilde sind, die sozialen Wandel zustande bringen, werden wir auch den Individuen und ihren Fähigkeiten gerecht, die Integration zugleich erleben und gestalten. In diesem Sinn setzt Ressourcenorientierung als Verständnis für den Reichtum an Fähigkeiten, den die einzelnen Zugewanderten einbringen, ein komplexes Verständnis über die Natur sozialer Veränderungsprozesse voraus.

Ich nehme noch einmal die gestellte Eingangsfrage auf: Wessen Angelegenheit ist demnach die Integration?

■ **Erstens: die Sache der Zuwander/innen selbst**

Die ersten Akteure/innen und Motoren der Integration sind die Zugewanderten selbst; die meisten von ihnen sind im Rahmen eines Familienprojekts Migration hierher gekommen. Das soll heißen: ob ihre Familien hier oder in welchen Teilen auch immer noch im Heimatland leben - sie beziehen die Familien in ihre Lebensplanung mit ein und stützen sich auf familiäre Unterstützung, familiären Rat oder auch familiäre Weisungen. Auch die hier geborenen und aufgewachsenen Jugendlichen mit Migrationshintergrund, ob mit oder ohne deutschen Pass, stehen auf den Schultern ihrer Eltern, sie sind durch sie und mit ihnen erwachsen geworden, stützen sich in vielem auf deren Begleitung und Unterstützung, und sie bemühen sich bei allem Kultur- und Generationenkonflikt, auf deren Wertorientierungen Rücksicht zu nehmen. Die - nach einigen Indizien offenbar neuerdings weniger werdenden - Hochzeiten junger türkischer Männer und Frauen mit Ehepartnern per Direktimport aus dem Heimatland sind dafür das viel diskutierte Beispiel¹⁰. Es ist aber nicht nur so, dass die Migrantinnen/innen selbst die Haupt-Träger und Akteure ihrer Integration sind. Sie sind bei dieser ihrer Integrationsarbeit auch im wesentlichen erfolgreich. Millionen erfolgreicher Integrationsbiografien wären zu schreiben. Wäre das nicht so, dann würde der Zuwanderungsdruck sich verflüchtigen.

Dieser Druck hält aber im Gegenteil weiter an, und er produziert angesichts weithin blockierter Arbeitsmärkte europaweit immer neue Abwehr-Regulierungen, bis hin zu Planspielen, in afrikanischen Ländern Auffanglager für ausgewiesene Asylbewerber ohne Papiere errichten zu lassen, wie sie derzeit - Anfang 2004 - von der britischen Regierung angestellt werden. Dennoch sind die individuell immer noch wahrgenommenen Erfolgchancen der Migration das wichtigste Schwungrad der „Globalisierung von unten“¹¹, als die wir die

weltweiten Wanderungsströme mit Hauptziel „OECD-Länder“ verstehen müssen.

Trotz dieser aktiven und gestaltenden Rolle der Migrantinnen/innen selbst neigt die öffentliche Diskussion strukturell dazu, eine Defizitsicht auf die Migrationsbevölkerung im ganzen festzuschreiben, die sich doch seit den Jahren der klassischen Arbeitsmigration inzwischen in der ethnisch-nationalen Zusammensetzung, aber auch sozial und kulturell pluralisiert und diversifiziert hat. Trotz materiell und kulturell schwieriger Lebensbedingungen, begrenzter Erfolge beim Spracherwerb und darüber hinaus häufig chronischer sozialer Isolation von der „einheimischen“ Bevölkerung ist eine Mehrheit der Migrantinnen/innen beim Verfolgen ihres familialen Migrationsprojekts erfolgreich: Ihre Kinder absolvieren die Haupt- und in weiter steigenden Anteilen die weiterführenden Schulen, auch ihr Studentenanteil steigt, sie münden in Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisse ein und haben es im Ergebnis „wie gewünscht“ „besser als ihre Eltern“ - und dies trotz oft widriger Rahmenbedingungen: Die Leistungen, die Familien mit Migrationshintergrund zum Gelingen dieses familialen Migrationsprojekts beitragen und die von ihnen zu diesem Zweck mobilisierten Ressourcen sind eindrucksvoll. Sie sind Ausgangsplattform und - oft sicher auch: paradox intervenierende - Motivationsagentur für den schwierigen Weg durch die Bildungslaufbahnen. Aber diese Familienleistungen werden in der Negativrede über Mängel und Blockaden der Integration häufig unsichtbar. Es ist - noch einmal - vor allem das Verdienst der Sachverständigenkommission zum sechsten Familienbericht, der sich, der Öffentlichkeit vor drei Jahren vorgestellt, als Leitthema genau mit diesen Leistungen und Ressourcen der Familien in der Migration beschäftigt hat. Die sorgfältigen vorhandenen Forschungen zur Bildungsmotivation und Bildungsorientierung von Migrantinnenfamilien sind durch die Einbindung in die Arbeit der Kommission von einer breiteren Fachöffentlichkeit zur Kenntnis genommen worden¹².

Neben den zu wenig sichtbaren Erfolgsgeschichten der Migration gibt es auch immer noch und immer neue Integrationsdefizite. Dazu gehört die andauernde Unterrepräsentanz von Schülern mit Migrationshintergrund an den weiterführenden Schulen und erst recht an den Universitäten. Dazu gehört das klägliche Versagen des öffentlichen Dienstes als eines möglichen Vorreiters bei der Ausbildung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Gerade mal 1% der Auszubildenden mit Migrationshintergrund bzw. mit ausländischem Pass kommt im öffentlichen Dienst unter, fast acht mal so viele sind es in den freien Berufen. Und

der Anteil der ausländischen Jugendlichen, die eine berufliche Ausbildung im dualen System beginnen und durchlaufen, ist seit Mitte der 90er Jahre im Sinken begriffen und hat sich noch nicht wieder erholt.

Ich bin noch bei der Frage: Wessen Angelegenheit ist Integration? Und die erste Antwort lautete: Es sind eindeutig die Migranten-Familien selbst, die als erste genannt und bedacht werden müssen.

■ **Zweitens: die Integrationsarbeiter/innen**

Es ist sicher so, dass fast alle, die Tagungen über Migrations- und Integrationsfragen besuchen, wenigstens mit einem Ausschnitt ihrer beruflichen Aufgaben „Integrationsarbeiter/innen“ sind. Sie fördern, jede/r an ihrem Platz, die Integration von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mit Migrationshintergrund; Sie tun das in der individuellen pädagogischen und Beratungsarbeit, in der Gemeinwesenarbeit oder stärker auf der strukturellen Ebene, wenn Sie aus Politik oder Verwaltung kommen. - Aber vergessen wir nicht: Während sich zu Fachtagungen die professionellen Integrationsarbeiter/innen versammeln, findet draußen in den Städten die alltägliche gelebte Integration statt.

■ **Drittens: die Politik**

Neben den professionellen Integrationsarbeiter/innen vor Ort und den Migranten/innen und ihren Familien selbst ist die Integration natürlich eine Sache der Politik auf Bundes- und Länderebene. Da schien es eine Zeitlang so, als wenn im Gefolge der vom Bundeskanzler ausgelösten Green-Card-Diskussion und der öffentlichen Debatte um Zuwanderungsgesetz und Doppelstaatsangehörigkeit auf einmal „die Politik“ sich für Integration zuständig erklärte. Die Debatte um Zuwanderungsquoten und verpflichtende Sprach- und Orientierungskurse, um ein bundesweit gültiges Integrationsprogramm stellte dabei allerdings die Wirklichkeit auf den Kopf. Es sah auf einmal so aus, als wenn Integration zuallererst eine staatliche Aufgabe sei, und als wenn die zentralstaatliche Politik auch tatsächlich über die Mittel und Instrumente verfüge, um Integration - nach Jahrzehnten offizieller Problemverdrängung unter dem Motto „die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland“ - erfolgreich zu bewältigen. Natürlich braucht und erhofft sich Integrationsarbeit vor Ort Impulse, Förderung und günstige Rahmenbedingungen von der bundespolitischen Ebene, z.B. durch ein weniger martialisches, bürokratisches und in vieler Hinsicht offen diskriminierendes Ausländerrecht. Aber es gilt doch: Integration ist kein staatliches, sondern ein Projekt der GESELL-

SCHAFT.

Und hier kommt als entscheidender Akteur

■ **Viertens: die lokale Zivilgesellschaft**

ins Spiel. Im Kern ist Integration ein Prozess, der im lokalen Gemeinwesen, in der lokalen Zivilgesellschaft, scheitert oder gelingt. Lokale Zivilgesellschaft: Darunter ist die große Vielfalt an Einzelaktivisten zu verstehen (unter ihnen oft: Lehrer/innen; Kindergärtner/innen, Familienfrauen, engagierte Arbeitgeber/innen, aktive Senioren/innen), daneben Initiativen und Vereine, und zwar solche aus der Aufnahmegesellschaft wie auch solche aus der zugewanderten Bevölkerung, d.h. Migranten-Selbstorganisationen. Zur Integration beitragen können und müssen aber auch die vielen Institutionen, ob kommunal, von Wohlfahrtsverbänden getragen oder als Unternehmen dem Privatsektor zugehörig. Ohne eine zentrale Willensbildung im Zentrum der politischen Gemeinde, bei Stadtrat und Bürgermeister, wird es allerdings kaum gelingen, die vielen verschiedenen Bausteine und Facetten von Integrationsarbeit zu einem tragfähigen Bauwerk zusammen zu fügen. - Die tragende Rolle der Zugewanderten selbst - als den Hauptakteuren der Integration - und der vor Ort schon lebenden Mit-Bürger/innen haben wir schon betont.

Die Rolle der Bundes- und Landespolitik ist dagegen mehr die als Ermöglicher oder Verhinderer, als Verstärker oder Behinderer von Entwicklungen zu sehen, die in ihrer Reichhaltigkeit und Lebendigkeit vor Ort zu gestalten sind.

■ **Sprachförderung als Brennpunkt der Integrationspolitik**

Am Spracherwerb und an der Sprachförderung als einem Kernelement von Integration möchte ich die Bedeutung der verschiedenen Handlungs- und Lernebenen im Integrationsprozess beispielhaft zeigen. Gerade hier hat sich im Gefolge der öffentlichen Diskussion um das Zuwanderungsgesetz nämlich eine ganz schiefe Optik eingestellt. Darin erscheint das Sprachlernen als eine Angelegenheit von Maßnahmen, von bundeseinheitlichen Pflichtkursen, an deren Ende noch ein Wissen über den deutschen Staatsaufbau mit geliefert werden sollte. In einer solchen Perspektive stecken implizite Annahmen über Voraussetzungen und Rahmenbedingungen des Lernens, das - hier beim Spracherwerb - als Veranstaltung zur gezielten Produktion von Kommunikationswissen aufgefasst wird.

■ **Lernen hat aber eine affektive und emotionale Dimension und beruht vor allem auf alltagsweltlich begründeten Motivationen und Interessen**

Schon in der PISA-Studie (die in einem solchen Referat nicht fehlen darf) wird an zentraler Stelle betont, dass Lernen wesentlich als selbstreguliertes Lernen funktioniert, im Sinn eines zielorientierten Prozesses "des aktiven und konstruktiven Wissenserwerbs...", der auf dem reflektierten und gesteuerten Zusammenspiel kognitiver und motivational-emotionaler Ressourcen einer Person beruht. Zudem wird deutlich, dass Bildungsprozesse zu einem erheblichen Anteil auch außerhalb schulischer Lernarrangements stattfinden. Das weist auf die Notwendigkeit einer besseren Abstimmung der Bildungsförderung im außerschulischen Bereich hin¹³. Solche Erkenntnisse passen zu den mittlerweile über weit mehr als zehn Jahre geführten europäischen, ja weltweiten Debatten und Praxisentwicklungen, die sich mit den Voraussetzungen erfolgreichen Lernens im Sinne individueller Kompetenzentwicklung beschäftigen und dabei den grundlegenden Beitrag informell-lebensweltlichen Lernens (der nach vielen Studien gut für 70% des individuellen "Lernertrags" steht) zur biografischen Lernleistung betonen.

Während diese Diskussion – in Deutschland besonders mühselig und im Schneckentempo – allmählich in die allgemein- und berufsbildungspolitischen Debatten einsickert, hat die politisch-instrumentelle Diskussion rund um das Zuwanderungsgesetz die Frage des Spracherwerbs für erwachsene Neu-Zuwanderer/innen und schon hier lebende Migranten/innen mit zu geringen Deutschkenntnissen auf die Teilnahme an Sprachkursen¹⁴ reduziert. Dass Lernen Motivation und Interessen und damit auch die Verankerung in einer alltagsweltlichen Lebenspraxis voraussetzt, bleibt dabei völlig ausgeblendet.

Von hier, von der Überschätzung - womöglich zentralstaatlich veranstalteter - Kurse und Sprachlern-Maßnahmen, führt eine wichtige Spur zurück zur Unterschätzung und Vernachlässigung von Familien als aktiv Handelnden, als lebensweltlicher und affektiver Basis im Prozess des Spracherwerbs, bei Bildungsprozessen und, generell, bei der Integration. Wer die deutsche Sprache nur im Kurs - zusammen womöglich mit lauter nichtdeutschen Landsleuten - als fremdes Gebilde lernt, aber im Alltag keine Gelegenheiten zur Anwendung und Entwicklung des gelernten Deutsch als Zweitsprache findet oder herstellen kann, bei dem wird dieses fremde Gebilde wieder verkümmern, der Lernertrag wird gering bleiben.

2.2 Unterbelichtete Felder in der Integrationsarbeit – der soziale Nahraum als Aktionsraum und Ausgangspunkt für gelingende Integration

Bei der Integration geht es nicht nur um den Spracherwerb, sondern um das ganze breite Spektrum sozialer Alltagspraxis, die sich aus der Perspektive vor allem von Familien (und Frauen mit kleinen Kindern) im sozialen Nahraum entfaltet.

Welche Handlungsfelder sind nun die Bausteine eines sozialräumlichen Handlungsansatzes? Die im folgenden skizzierten Handlungsbereiche sind ein Destillat aus unserer Projektarbeit unter dem Titel „Der soziale Nahraum in seiner Integrationsfunktion für Familien ausländischer Herkunft“, das vom Bayerischen Sozialministerium von 2001 bis 2003 gefördert und am Deutschen Jugendinstitut von Monika Jaeckel und mir durchgeführt wurde.

Auf der Grundlage lokaler Feld- und Fallstudien in mehreren unterschiedlich großen bayerischen Kommunen, durch Projektbesuche an verschiedenen Orten in Bayern und z.B. in Berlin sowie durch Befragung von Familien ausländischer Herkunft wurden Handlungsmodelle erarbeitet, in denen eine Reihe von Bausteinen in einem Handlungskonzept gebündelt werden. Die einzelnen Elemente dieses Konzepts sind zwar jedes für sich praxisnah und wirksam, aber erst zusammengefügt ergeben sie ein – wenn auch noch idealtypisches, d.h. noch nirgends als Ganzes umgesetztes – Strategiebündel zur aktiven Gestaltung der Integration zugewanderter Familien vor Ort – mit den Stadtquartieren und Nachbarschaften als Aktionsraum.

Neun Handlungsfelder haben wir für diesen Kontext als bedeutsam, aber in der bisherigen institutionellen Praxis weitgehend unterbelichtet erkannt¹⁵. Das Mosaik aller der darin möglichen kleinen Schritte und Initiativen wird sich auf längere Sicht zur Herstellung einer neuen „Sozialökonomie der Nachbarschaft“ zusammen fügen¹⁶.

Ich werde diese Handlungsfelder kurz skizzieren und dann ein Feld ausführlicher herausgreifen, zu dem wir in unserem Projekt ein Arbeitsinstrument entwickelt haben, das wir als Anregung für die Praxis vorstellen wollen: Die Kompetenzbilanz für Migranten/innen.

■ Handlungsfeld 1: Zweisprachige Brückenpersonen als „Kulturmittler/innen“

Brückenpersonen sind Menschen, die sich durch biografisch erworbene lebenspraktische Kompetenzen auszeichnen und ihren eigenen Migrationshintergrund und ihre Zwei- oder Mehrsprachigkeit als Schlüssel zu Angehörigen ihrer Herkunfts-Community einbringen. Das Vermitteln kann sich oft auf die erste Vermittlungsaufgabe: das sprachliche Übersetzen beziehen. In anderen europäischen Ländern gibt es dafür etablierte und öffentlich finan-

zierte und professionalisierte landesweit organisierte Dienste. In Deutschland gibt es in vielen Institutionen, gerade auch im Sozial- und Gesundheitsbereich (Kliniken!) noch keinerlei Ansätze in dieser Richtung. Z.B. unter dem Arbeitstitel „community interpreters“ - Gemeindedolmetscher - gibt es bereits Konzepte für die unbedingt notwendige Vorbereitung und Qualifizierung solcher Laien-Kulturmittler/innen in Kliniken und anderen Einrichtungen; sie sind erprobt und werden weiterentwickelt. Es kann also auf schon bestehende Erfahrungen auch in Deutschland zurückgegriffen werden¹⁷. Als weitere Aufgabenfelder sind Kindergärten und Schulen denkbar, z.B. beim Geschichtenerzählen, Vorlesen oder in gestalterischen und musischen Projekten oder in Bezug auf Elemente der Wirtschaftslehre und Berufskunde, z.B. bei der Vorstellung von oder Exkursionen zu Arbeitsplätzen und Betrieben¹⁸. Auch bei der Vermittlung in Nachbarschafts- und ähnlichen Konflikten haben sich Laien mit Migrationshintergrund bereits bewährt¹⁹, auch in der besonderen Form der Peer-Mediatoren/innen an Schulen. Schließlich sind derartige Brückenpersonen auch und gerade im Kernbereich der „Ausländerverwaltung“, auf den Ausländerbehörden und Wohnungsämtern, auch bei den Agenturen für Arbeit, wünschenswert. Abgesehen von ganz wenigen Ehrenamtsprojekten ist aber auf diesem Feld bisher noch sehr wenig Innovationsdynamik in Gang gekommen.

Wollten wir für die Ausfüllung dieser intermediären Rollen auf die interkulturelle Öffnung der Regeleinrichtungen (beim heutigen Einstellungstempo im öffentlichen Dienst und bei freien Trägern) für reguläres Fachpersonal mit Migrationshintergrund warten, dann würden noch Jahrzehnte vergehen, bis durchgreifende Änderungen bei den Organisationskulturen und -mentalitäten erreicht wären. Die Kooperation mit solchen Brückenpersonen erweist sich, wo sie praktiziert wird, als effektive Strategie zur Überwindung der Kommunikationsbarrieren mit Migranten/innen, von denen z.B. in Kindergärten, Schulen und vielen Einrichtungen der sozialen Arbeit immer wieder die Rede ist. Für die Gestaltung solcher Kooperationen braucht es organisationale Phantasie und auch finanzielles Engagement, denn nur ehrenamtlich wird man solche Vermittlungsleistungen nicht durchweg einfordern können. Das Einrichten von Honorarfonds für die Arbeit der hier beschriebenen „Kulturmittler/innen“ muss zu einer Selbstverständlichkeit überall dort werden, wo Migranten/innen in größerer Anzahl leben und Anspruch auf Teilhabe in den bestehenden Institutionen haben und erheben.

■ Handlungsfeld 2: Deutsch lernen – nah am Alltag. Neue Sprachlern-Settings

Die seit Jahrzehnten bestehenden Programme zur Finanzierung von Sprachkursen haben nicht ausgereicht, um den Zugang zum Deutschen als Verkehrssprache bis hin zur schriftsprachlichen Verständigung in allen Teilmilieus der Zuwanderer-Communities zu verankern. Viele, die an Sprachkursen teilgenommen haben, schließen diese ohne ausreichende Sprachkompetenzen ab oder sie verlernen das Kursdeutsch schon bald wieder, weil sie zu wenig alltägliche Nutzungsmöglichkeiten dafür im sozialen Kontakt mit muttersprachlich Deutschen sehen. Und die Quoten der Abbrecher/innen sind fast durchweg hoch. Die Antwort, die das Zuwanderungsgesetz und das neue Staatsangehörigkeitsrecht mit der sanktionsbewehrten Teilnahmepflicht an solchen Kursen und mit Sprachtests als Voraussetzung für die Einbürgerung bereit halten, greift sicher zu kurz, weil im Ansatz des verordneten Sprachlernens die sozialen Voraussetzungen des Lernens nicht mit bedacht sind. Es kommt vielmehr darauf an, alltagsnahe Sprachlernsettings weiter zu entwickeln und auszubauen, die besonders die Gruppen der Zugewanderten erreichen, die nicht über ihre Erwerbsarbeit einer Art sprachlichem Crashkurs unterworfen werden. Gemeint sind damit vor allem Familienfrauen, die ohne Sprachkenntnisse nicht ausreichend dazu in der Lage sind, ihren Kindern auf dem Weg durch Kindergarten und Schulen zur Seite zu stehen. In den letzten Jahren hat sich mit großer Geschwindigkeit eine lebendige Landschaft solcher neuer Sprachlernsettings entwickelt, oft unter dem Titel „Mama lernt Deutsch“ oder auch „Schule einmal anders“ u.ä. Zum „Geheimrezept“ dieser Angebote gehört es fast durchwegs, die Zeitstruktur des Lernens kompatibel zu machen mit den Zeitnöten von Familienfrauen, d.h. dass die Kurse teilweise organisiert sind und häufig während der Schulferien- und Kindergartenferien ebenfalls Pause machen. Außerdem finden viele dieser Kurse an Orten statt, die ohnehin von Eltern im Stadtteil aufgesucht werden - Kindergärten, Schulen, Treffpunkte - und von denen deshalb keine Schwellenangst ausgeht. Die Curricula solcher Kurse knüpfen direkt an die Situation von Familienmüttern z.B. mit neu eingeschulerten Schulkindern an, oft bis hin zur Parallelisierung mit dem Lehrplan dort.

Diese neu entstandene Landschaft derartig alltagsnaher und insofern niedrigschwelliger Sprachförderangebote ist aber noch weit davon entfernt, flächendeckend und bedarfsgerecht ausgebaut zu sein. Die bestehenden Angebote sind fast durchweg prekär mischfinanziert. Es wird jetzt darauf ankommen, die großen Finanzprogramme zur Finanzierung der Regelangebote für diese neuen Settings zu

öffnen. Bislang zeichnet sich noch das Gegenteil ab, nämlich unter Fahne der Vergabe von Fördermitteln nach zentraler Ausschreibung an die günstigsten Anbieter gerade ein völliges Übergehen der vielen mit viel konzeptioneller Energie neu entwickelten niedrigschwelligen Ansätze und der „kleinen, armen“ Träger, die sich auf diesem Feld engagiert haben. Mindestens müssen die Kommunen mit eigenen stadtweiten Konzepten zur Sprachförderung diese neu entstandenen Projekte sichern und ihre konzeptionelle Weiterentwicklung unterstützen. Es besteht aber durchaus Hoffnung, dass nach dem Desaster bei der zentralen Ausschreibung der neuen Personalserviceagenturen durch die Bundesagentur für Arbeit und der Insolvenz des überregional größten Trägers solcher Agenturen (Maatwerk) die Weisheit einer so zentralisierten und standardisierten Vergabe von Förder- bzw. Leistungsaufträgen im Bereich komplexer Beratungs- und Lerndienstleistungen in Frage gestellt wird und eine Philosophie differenzierter Förderung zum Zuge kommt.

■ Handlungsfeld 3: Orte für Familien mit Kindern im Quartier

Die Auseinandersetzung von Familien mit Migrationshintergrund mit der Lebensrealität in Deutschland und mit den hier vorherrschenden Leitbildern für das Leben in Familien, für die Gestaltung von Ehe und Partnerschaften, für das Aufwachsen und die Erziehung von Kindern und Jugendlichen findet auf vielen Ebenen statt. Mitgebrachte und über Medien vermittelte Bilder, eigene Erfahrungen und der Dialog mit anderen in ähnlicher Lebenssituation, aber auch in der eigenen Familie: Das alles trägt zur Formulierung der je eigenen Lebensorientierungen bei. Gelegenheiten für einen wertebezogenen Erfahrungsaustausch, der auf verschiedenartigen biographischen Erfahrungen aufbaut, ergeben sich nicht von selbst. Die Landschaft offener Treffpunkte wie Mütter- oder Stadtteilzentren ist für Migranten/innen bislang wenig attraktiv. Deutsche bleiben weitgehend unter sich. Gleichzeitig sind in Initiativen, die sich „international“ oder „interkulturell“ nennen oder die sich explizit an Migranten/innen richten, in der Regel kaum Deutsche vertreten. Daher bedarf es der Schaffung neuer Orte, die für „einheimische“ wie für eingewanderte Familien mit Kindern attraktiv und sozial akzeptiert sind und in denen sich gerade Familienfrauen mit Kindern in ansprechender Umgebung über ihre je eigenen Wertorientierungen und Erfahrungen austauschen können. Die bestehende Landschaft der offenen Treffpunkte wird sich dazu konzeptionell weiter entwickeln müssen. Um es an einem Beispiel zu zeigen:

Treffpunkte, wie sie z.B. im Rahmen des Bundesländer-Programms „Soziale Stadt“ in der Regie von Quartiers-Management-Teams betreut und angeleitet werden, setzen oft Schwerpunkte, die neben den hier ins Auge gefassten kommunikativen Interessen von Eltern/Müttern mit Migrationshintergrund im Quartier liegen. Vordringlich geht es ihnen oft um aktive Partizipation der Quartiersbewohner/innen an der Stadtteilentwicklung - und die von ihnen angestrebten Muster der demokratischen Teilhabe liegen nah an denjenigen in formellen Beteiligungsgremien, die wiederum sehr oft ethnisch deutsche Veranstaltungen bleiben.

Räume, die für Familien - vor allem Frauen und Kinder - mit Migrationshintergrund anziehend sein sollen, müssen zunächst eine Atmosphäre des „Willkommen!“ ausstrahlen, wozu auch eine dingliche Ausstattung zählt, die es den Besucher/innen erlaubt, ihre eigene „Sachkultur“ und ihr ästhetisches Empfinden an einzelnen Gegenständen oder Dekorationen in der Raumgestaltung wieder zu erkennen. Und die Räume müssen Gelegenheit für das Zubereiten und Auftragen von Mahlzeiten bieten.

So weit wie möglich sollten Angebote in offenen Treffpunkte für (Migranten-)Familien kostenlos sein, da das Budget bei vielen dieser Familien sehr knapp ist und auch oft von den Familienvätern kontrolliert wird. Angebote, die zur Entlastung des Familienbudgets beitragen, gehören daher als wesentliche Elemente ins Konzept solcher Treffpunkte (Second Hand Shops und Basare, Gelegenheiten zur Mitarbeit gegen niedrige Honorare). Und schließlich ist als konzeptioneller Standard für derart interkulturell offene Treffpunkte zu benennen, dass sie Partner/innen - z.B. aus dem Feld der Migranten-Selbstorganisationen - für bestimmte Projekte, Themen und Aktionen gewinnen, dass sie aber auch selbst Angebote in Kooperation mit Migranten-Vereinen und in deren Räumen durchführen sollten.

■ Handlungsfeld 4: Förderung von Migranten-Selbstorganisationen

Bis vor kurzer Zeit wurden Migranten-Selbstorganisationen vor allem als Gruppierungen wahrgenommen, die sich fast ausschließlich für die Aufrechterhaltung der Brücken zum Herkunftsland engagieren. Dieses vordergründige Bild hat allerdings vor allem für die spanischen und griechischen Elternvereine und Gemeinden keine Gültigkeit gehabt. Sie haben einen gewichtigen Anteil daran, dass die Bildungserfolge der Kinder aus diesen beiden Nationalitäten sich deutlich positiv von denen anderer Nationalität, vor allem von Türken (aber auch von Italienern!)²⁰ unterscheiden. In dem Maße, in dem sich Migranten-Selbstorganisationen

für die Integration der Zugewanderten in die Aufnahmegesellschaft einsetzen, bedürfen sie auch einer verstärkten Unterstützung durch Förderkonzepte, um integrationsbezogene Projekte der Selbstorganisation durchführen zu können.

Modelle wie die Münchner Selbsthilfeförderung, in deren Rahmen während der letzten Jahre eine rasante Zunahme der Zahl geförderter Initiativen aus dem Bereich der Migranten-Selbstorganisationen zu verzeichnen war, und der Landes-Förderrichtlinien für Migranten-Selbstorganisationen in Nordrhein-Westfalen können das Feld der Akteure in der Integrationsarbeit wirksam verstärken und durchsetzungsfähiger machen. Sie sind weit davon entfernt, in allen (großen) Städten und Bundesländern verwirklicht zu sein.

■ Handlungsfeld 5: Integration im Wohnumfeld

Zugewanderte Familien beziehen sich in ihrer alltäglichen Kommunikation hauptsächlich auf ihre familialen und eigenethnischen Netzwerke. Mit schriftlichen Informationen – insbesondere in deutscher Sprache – werden sie kaum erreicht. Partizipation im Stadtteil kann mit ihnen gemeinsam deshalb in erster Linie auf der Basis persönlicher Kontakte und gemeinsamen Handelns zustande kommen. Dies gelingt am ehesten bei Anlässen und Themen, die unmittelbar vor der Haustür im Wohnquartier liegen. Zu ihnen gehören z.B. gemeinsame Aktionen gegen die Vermüllung von Höfen und Spielplätzen oder positiv das Anlegen von Gärten, Begrünungen, Grillplätzen, Planschbecken und Gemeinschaftsflächen, die Organisation von Gebrauchtmöbel- und Sperrmüll-Märkten, das Abhalten von Kleiderbasaren. Weitere Möglichkeiten, um in einen praktischen Nachbarschaftskontakt zu kommen, bieten Werkstätten mit Geräteverleih, Plätze oder Räume für die leihweise Nutzung von Sport- und Fitnessgeräten durch Jugendliche, die Begleitung von Kinder-Fußballmannschaften auf beispielbare Rasenflächen in Reichweite der Wohngebiete durch sporterfahrene Väter. Auch die Vermittlung von Fertigkeiten und praktische Entlastungsangebote für den Alltag stellen für Familien mit Migrationshintergrund attraktive Handlungsmöglichkeiten im Quartier dar. Das kann von Näh- und Fahrradkursen über Schwimm- und Computerkurse bis zur Kurzzeit-Kinderbetreuung reichen, um die Wahrnehmung von Arztterminen oder Behördengänge zu erleichtern.

■ Handlungsfeld 6: Integration als Angelegenheit der Stadtgesellschaft

Integrationsarbeit kann und darf keine Ein-

bahnstrasse sein, die sich nur an Zugewanderte richtet und von Spezialisten durchgeführt werden. Sie bezeichnet vielmehr einen Prozess der gemeinsamen Entwicklung eines Gemeinwesens von und für Menschen vielfältigster Herkunft und ist daher eine Aufgabe für einen breiteren Adressatenkreis. Dabei käme es vor allem darauf an, über die Fachszene der Integrationsarbeiter/innen und die lokalen Organisationsformen der Migranten/innen und ihrer Sprachrohre (z.B. Ausländerbeiräte, neuerdings auch Beiräte für Migration oder Integration genannt) auch Multiplikator/innen aus der deutschen Zivilgesellschaft einzubeziehen, mit einem besonderen Blick auf Unternehmen als Ausbilder und Arbeitgeber.

■ Handlungsfeld 7: Thematische Angebote für Familien zu Wert- und Erziehungsfragen

Angebote der Familienbildung erreichen Familien mit Migrationshintergrund bislang kaum. Es gibt allerdings inzwischen Beispiele für den Versuch, solche Angebote zu öffnen und auf die Bedürfnisse zugewanderter Eltern und Familien abzustimmen. So gibt der Arbeitskreis Neue Erziehung Berlin (ANE) Elternbriefe in einer zweisprachigen Fassung (türkisch-deutsch) heraus, und auch in anderen Städten (z.B. in München) werden derartige Materialien zu Erziehungsfragen mehrsprachig für die verschiedenen Sprachgruppen angeboten. Einige Familienbildungsstätten, aber auch andere soziale Orte und Treffpunkte bieten in verschiedenen Sprachen ein Informations- und Vorbereitungsangebot für Migrantenfrauen rund um die Geburt an, das bislang für diese sehr heterogene Gruppe weitgehend unzugänglich geblieben ist.

■ Handlungsfeld 8: Orientierungskurse für neu Zugewanderte

Im Gegensatz zu den im neuen – bislang nicht in Kraft getretenen – Zuwanderungsgesetz vorgesehenen Orientierungskursen für neu Zugewanderte, die im Anschluss an die ebenfalls obligatorischen Sprachkurse und auf Deutsch stattfinden sollen, gibt es in einigen Städten – so in Frankfurt und München – sehr gute Erfahrungen mit Orientierungskursen, die vor den Sprachkursen durchgeführt werden. Diese werden muttersprachlich angeboten und sind weniger auf politische und staatsbürgerliche Inhalte als vielmehr an alltagspraktischen Themenbereichen ausgerichtet. Die Evaluation des Münchner Pilotversuchs²¹ hat gezeigt, dass ein solches Modell wesentlich dazu beitragen kann, von Beginn des Aufenthalts Zugewanderter in Deutschland an eine Grundlage für ein Klima des Vertrauens, von Zukunftshoffnungen und für aktive Eigenanstrengungen zur Integration

einschließlich eigener (Weiter)bildungsbemühungen zu schaffen. Bisher gibt es nur wenige Ansätze, ein solches Konzept auch nur als Modell auch in anderen Städten zu erproben - und von seiner Etablierung als Regelstruktur, die die komplizierten Rechts- und Verwaltungsprozeduren für Neuankömmlinge begleitet, sind wir noch weiter entfernt.

■ Handlungsfeld 9: Die Kompetenzbilanz als Instrument einer ressourcenorientierter Integrationsarbeit

Instrumente und Verfahren zur Analyse und Reflexion der eigenen Lebensgeschichte und Kompetenzen spielen im Kontext der oben gestreiften europäischen, ja weltweiten Debatte um informelles Lernen und die Anerkennung von auf diesem Weg gewonnenen Handlungskompetenzen eine immer wichtigere Rolle. Dazu gehört z.B. das „Profiling“, das mit Teilgruppen von Arbeitssuchenden und Arbeitslosen von der Bundesagentur für Arbeit seit Inkrafttreten des Job-Activ-Gesetz zur persönlichen Kompetenzanalyse durchgeführt wird. Dazu gehört auch die Kompetenzanalyse, die in einem Modellprojekt zur Integration von Aussiedler/innen als erster Schritt dem Abschluss eines Eingliederungsvertrags vorgeschaltet wird. Ebenso gehört die Sozialanamnese, die im neu geplanten System der Sprachförderung für Migranten/innen den nunmehr obligatorischen, aber auch als Rechtsanspruch ausgestalteten Sprach- und Orientierungskursen vorausgehen soll, um den Kurstyp auf die Lebensorientierungen und das sprachliche Kenntnissniveau der jeweiligen Teilnehmer/innen zuzuschneiden, in die Reihe solcher Verfahren.

Die Kompetenzbilanz für Migranten/innen wurde im schon erwähnten Projekt zur Integration von Familien mit Migrationshintergrund im sozialen Nahraum gemeinsam mit Partner/innen aus der Praxis entwickelt. Diese Arbeitslinie war neben der Förderung durch das Bayerische Sozialministerium auch in ein europäisches Verbundprojekt eingebunden²². Auch gibt es im Rahmen der EQUAL-Beschäftigungsinitiative Ansätze, die verschiedenen Konzepte zur Entwicklung von „Skills Audits“ für Zugewanderte und Flüchtlinge in Europa einander anzunähern und zu einem inhaltlich und methodisch gemeinsamen Vorgehen zu kommen.

Die Arbeit mit der Kompetenzbilanz besteht im wesentlichen aus vier Schritten: Beschreiben, Erkennen, Nachweisen, das Erkannte in der Praxis umsetzen.

■ Beschreiben

Aus Fähigkeiten und Erfahrungen werden Kom-

petenzen, wenn ein Reflexionsraum und ein Reflexionsrahmen hergestellt wird, in denen Menschen ihre biografischen Erfahrungen und Lernfelder reflektieren und sich ihre Kompetenzen bewusst aneignen können. Hierzu braucht es den Schritt, sich der eigenen Erfahrungen und Kompetenzgewinne durch Tätigkeiten und in ganz verschiedenen Lernräumen bewusst zu werden:

Was habe ich in meinem Leben schon gemacht? In welchen Bereichen war ich aktiv? Welche Ausbildungen und beruflichen Erfahrungen habe ich? Habe ich in (Familien-) Betrieben ausgeholfen oder auf dem grauen Arbeitsmarkt Nebenjobs gemacht? In welchen Bereichen außerhalb des Beruflichen habe ich Erfahrungen: Z.B. Familie - vor allem in der Verantwortung und Fürsorge für Geschwister und/oder hilfs- und pflegebedürftige Angehörige - , Nachbarschaft, Haus und Hof, Garten, Sportverein, Glaubensgemeinschaft, Ehrenämter? Welche Sprachen spreche ich?

■ Erkennen

Vor allem was außerberufliche und außerschulische Lebensbereiche angeht, wird häufig übersehen, welche Fähigkeiten und Kompetenzen darin erworben werden. Deshalb ist der Reflexionsschritt wichtig, sich bewusst zu werden, welche Fähigkeiten und Schlüsselqualifikationen sich durch aktives Handeln in ganz unterschiedlichen Lebenssituationen und Lebensbereichen ausbilden. Ich greife nur ein derzeit sehr stark diskutiertes Element heraus, nämlich die lebensweltlich erworbenen interkulturellen Kompetenzen:

Welche Fähigkeiten habe ich durch die Migration gewonnen? (z.B. Fähigkeit Dinge aus unterschiedlichen Perspektiven zu sehen, mich in unterschiedlichen kulturellen Kontexten zu bewegen, Mut und die Fähigkeit neu anzufangen).

Ein weiteres sehr bedeutsames Kompetenzelement ist die erfahrungsgestützte Fähigkeit, schwierige Situationen zu bewältigen:

Welche schwierigen Situationen habe ich schon bewältigt und was habe ich dabei gelernt? (Krankheit, Tod, Unfälle, materielle Rückschläge)

■ Nachweisen

Für die gesellschaftliche Teilhabe an Bildungswegen oder am Arbeitsmarkt genügt es nicht, sich seiner eigenen Kompetenzen bewusst zu sein. Vor den Zugängen zu diesen Prozessen der „Inklusion“ sind Hürden und Filter eingebaut, die meist die Form von Zertifikaten über formelle Bildungslaufbahnen mit Abschluss haben - oder Arbeitszeugnisse sind. Sollen informell erworbene Kompetenzen anerkannt

werden, sind zunächst Formen des Nachweises notwendig, die zumindest durch ein Element der Objektivierung über den rein subjektiven Bericht hinausgehen. Deshalb sind Instrumente zum Sichtbarmachen und des Nachweises von in formellen und in informellen Lernräumen erworbenen Fähigkeiten notwendig. Besonders Flüchtlinge haben oft keine Zeugnisse und Zertifikate mitbringen können; und generell werden Ausbildungen und Abschlüsse aus anderen Ländern hierzulande vielfach nicht anerkannt, erst recht werden Fähigkeiten aus informellen Lernzusammenhängen meist nicht als Kompetenzen wahrgenommen. Deshalb ist der Arbeitsschritt notwendig, neue und kreative Formen des Nachweisens zu entwickeln. Dazu können neben selbst erstellten Produkten auch Fotos gehören, Briefe und Bestätigungen durch Dritte, Tonaufzeichnungen, u.ä.

■ Das Erkannte in der Praxis umsetzen

Aus Kompetenzen werden Ressourcen, wenn sie gesellschaftliche Anwendung finden, wenn sie im System der gesellschaftlichen Arbeit produktiv und praktisch werden können. Besonders hier ist die Aufnahmegesellschaft als ganze gefragt, ist der Schritt in Richtung auf eine aktivierende Zukunftsgestaltung nötig. Der gemeinsamen Reflexion und Erarbeitung sowohl individueller als auch von Gruppen-Kompetenzbilanzen von Zuwander/innen müssen sich Innovationsimpulse anschließen für die Entwicklung von gesellschaftlich innovativen Praxisfeldern, wo die Kompetenzen von Migranten/innen genutzt werden können, nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch im „Sozialraum der Zivilgesellschaft“, namentlich im sozialen Nahraum.

Demgemäß werden bei diesem Reflexionsschritt Fragen wie die folgende bearbeitet:

Was will ich in Deutschland erreichen? Welche meiner Fähigkeiten könnte ich auch in Deutschland einbringen? Wohin will ich mit dem, was ich in der Hand habe? Was kann ich besonders gut? Was hat mich immer besonders angesprochen und interessiert?, Wofür habe ich mich schon immer begeistern können, womit beschäftige ich mich noch heute? Welche meiner Fähigkeiten sind in der deutschen Gesellschaft gefragt? Welche Bereiche und Tätigkeitsfelder ließen sich hierfür öffnen, welche neuen Projektideen ließen sich hier entwickeln (z.B. im Wohngebiet, in der Nachbarschaft, in Kindergarten und Schule, im Park, in Selbsthilfeinitiativen)?

Aber auch:

Kann ich an meine früheren beruflichen Erfahrungen anknüpfen?

Gibt es Möglichkeiten der Anerkennung meiner Abschlüsse in Deutschland?

Und schließlich:

Welche Schritte kann ich für diese Ziele einleiten?

Wo und wie kann ich mir hierfür Unterstützung holen?

■ Erfahrungen mit der Kompetenzbilanz

Die Kompetenzbilanz ist mit einer Reihe von Partnern aus der Praxis der Integrationsarbeit entwickelt worden und im Mai 2003 in einer ersten Fassung vorgestellt worden. Inzwischen wird mit ihr in einer Reihe von Projekten und Einrichtungen gearbeitet. Eine Dokumentation der bearbeiteten Fälle und - soweit absehbar - ihrer Ergebnisse wird vorbereitet.

Wir haben an den Rückmeldungen und Interessenbekundungen registriert, dass in der Praxis der Migrationsarbeit derzeit eine Art Paradigmenwechsel im Gang ist. Dabei geht es nicht um das nachholende Ernstmachen mit der Ressourcenorientierung und um die Abkehr vom Defizitblick in der Migrationsarbeit - fast noch im Sinn der früheren „Ausländerpädagogik“, deren Geist vielerorts überlebt -, sondern um ein offenes und entschlossenes Hinwenden zu den Zugewanderten als Individuen, eingebettet in ihre sozialen Netzwerke und ihre Familie. Ohne die Öffnung von Settings, d.h. Rahmenbedingungen und Gelegenheitsstrukturen für einen intensiven auch selbstreflexiven Blick der Zugewanderten auf sich selbst und einen je individuell zukunftsorientierten Dialog über ihre mögliche und gewünschte Rolle in „diesem unser aller Land“ werden sich die Potenziale und Ressourcen der Zugewanderten nie rundum sichtbar machen und erschließen lassen.

Solche Gelegenheitsstrukturen können in ganz unterschiedlichen Feldern entstehen: In Sprach- und Orientierungskursen, in beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen mit einem Anteil „Deutsch als Zweitsprache“, bei Beratungsstellen und in offenen Treffpunkten, im Rahmen der Elternarbeit von Kindergärten und Schulen, bei Migranten-Selbstorganisationen. In einer mittelfristigen Perspektive - in der sich mit dem Rückenwind internationaler Erfahrungen in allen gesellschaftlichen Bereichen ein wertschätzender Umgang mit dem je individuell einzigartigen Kompetenzprofil von aktiven Menschen als Standard etablieren wird - sollte es auch möglich sein, dass reguläre Bildungsinstitutionen und Arbeitgeber zur Beurteilung des Kompetenzprofils von Bewerber/innen mit Migrationshintergrund sich auch auf die Ergebnisse der Arbeit mit Kompetenzbilanzen stützen.

Derzeit befindet sich die Kompetenzbilanz bei Interessenten/innen aus fast der ganzen Bandbreite denkbarer Einsatzfelder in der

Erprobung. Eine überarbeitete, handlichere zweite Version befindet sich in Vorbereitung, sie wird u.a. in Bezug auf die nichtdeutschen Sprachkenntnisse der Zugewanderten genauer und differenzierter sein als die erste Fassung.

Wir hoffen, dass es gelingt, für die weitere Begleitung des angestoßenen Prozesses eine Art Leitstelle einzurichten, bei der die Fäden aus der Praxis zusammenlaufen können und sollen, Evaluation und Weiterentwicklung des Ansatzes eingeschlossen.

■ Ausblick

Zum Abschluss noch ein Blick auf mögliche weiter greifende Perspektiven: Die Frage des Transfers vorhandener Kompetenzen aus informellen Lernfeldern bzw. aus in Deutschland nicht anerkannten Ausbildungs- und Berufsbereichen in die Aufnahmegesellschaft weist auf die Notwendigkeit der Öffnung neuer gesellschaftlicher Räume zwischen formellen Arbeitsmarkt und Institutionen und informellen Lebensbereichen und Netzwerken. Hier entwickeln sich Anforderungen nach Öffnung der Einrichtungen des sozialen Nahraums für die Partizipation von Familien ausländischer Herkunft. Soll mit der ressourcenorientierten Integrationsarbeit ernst gemacht werden, müssen hier in einem Verbundsystem mit verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren neue Perspektiven erarbeitet werden. Es geht dabei um die Öffnung von Institutionen zu den Bürger/innen hin sowie um die Entwicklung neuer stadtteilnaher Märkte und familienentlastender Dienstleistungen, die die Integration von Familien ausländischer Herkunft erleichtern und auf dem Potenzial ihrer vorhandenen Kompetenzen aufbauen.

Eine so verstandene Integrationsarbeit verbindet sich mit der Frage nach der Entwicklung neuer Arbeitsmärkte, mit der Frage des Zugangs zu Bildungswegen und Beschäftigung, nach der gesellschaftlichen Nutzung von informellen Lernfeldern, mit der Frage der Aktivierung von Nachbarschaften und des sozialen Zusammenhalts in Wohngebieten sowie mit der Frage der Revitalisierung innerstädtischer Quartiere und der Erhöhung der Lebensqualität und Familienfreundlichkeit urbaner Lebensräume. Migrations- und Integrationsarbeit kann so Auslöser und Bestandteil von Innovationen in vielfältigen gesellschaftlichen Bereichen werden.

1) Der gleichnamige Beitrag ist ebenfalls veröffentlicht in der Dokumentation „Forum Migration 2003“ der Otto-Benecke-Stiftung

2) Mehrländer u.a. (1996), 245, zitiert nach Boos-Nünning (2000); Waltz 2000

3) Allerdings wächst die Zahl der allein Erziehenden mit Migrati-

onshintergrund rasch an, die noch in den Expertisen zum sechsen Familienbericht eher als eine kleine Minderheit erschienen. In Städten wie z.B. Nürnberg liegt inzwischen der Anteil allein Erziehender mit ausländischer Staatsangehörigkeit höher als der Anteil der ausländischen an der Gesamtbevölkerung; und von den Sozialhilfe beziehenden allein Erziehenden hat ein Drittel eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit: Amt für Stadtforschung und Statistik der Stadt Nürnberg, Sozialamt der Stadt Nürnberg, unv. Material aus dem Projekt Armutsprävention bei allein Erziehenden“ des Deutschen Jugendinstituts.

4) Barabas/Erlor (2001), 84f.

5) Zur Lebenssituation und Partizipation türkischer Migranten/innen in Nordrhein-Westfalen: Sauer/Goldberg (2002). Zweite Mehrthemenbefragung. „Die überwiegende Mehrheit: 66% der türkischstämmigen Migranten/innen wohnen in Gegenden mit überwiegend deutscher Bevölkerung, 13% in gleichmäßig gemischten Wohnquartieren. Jede fünfte Familie wohnt in ethnisch geprägten Stadtvierteln, die jedoch im Vergleich zu 1999 schrumpfen“ (aus der Zusammenfassung, siehe www.zft-online.de).

6) Ausführlich und pointiert: Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2002)

7) Kaufmann (2001), 859,

8) Allmendinger (1999)

9) dazu exemplarisch: Elschenbroich (2000)

10) Gabi Straßburger (2003) hat die komplexe Gemengelage an Motiven und Handlungsorientierungen bei jungen türkischen Paaren in dieser Situation in ihrer an der Universität Augsburg preisgekrönten Dissertation herausgearbeitet. Familiäre Handlungsmuster und -strategien in einer ungewöhnlichen Perspektive sind auch in der Arbeit von Margret Spohn (2002) dargestellt, die sich auf der Grundlage biografischer Interviews mit türkischen Männern/Vätern der ersten Generation mit der gängigen Münze der in Deutschland verbreiteten Vorurteile von den traditionalistisch-patriarchal-gewalttätigen türkischen Männern auseinandersetzt und ein ganz entgegengesetztes differenziertes Bild zeichnet.

11) Der Gedanke geht auf Saskia Sassens vielfältige Arbeiten über die Migrationsverflechtungen zwischen Zu- und Auswanderungsländern, Peripherie und Metropolen zurück, die in aller Regel auf wirtschaftlichen und Kapitalbeziehungen aufrufen.

12) Stellvertretend für viele: Gogolin/Nauck (Hrsg.) 2000, auch schon: Nauck 1994.

13) Baumert 2002, 28

14) Das niederländische Modell der verbindlich vorgeschriebenen Sprachkurse ist hierzulande längere Zeit als Vorbild gehandelt worden. Erste systematische Evaluationen zeigen jetzt: Ohne alltags-kommunikative Verankerung bleibt der Ertrag von Sprachkursen bescheiden. Vgl. Weidemann 2002: Ernüchternde Bilanz. Der weit reichende backlash in der niederländischen Migrationspolitik, findet in der relativen Erfolglosigkeit dieser Sprachkurse wichtige argumentative Stützen, die durch neuere Gutachten fundiert werden. Der mentale Pendelschlag gegen die bisherige Integrationspolitik in den Niederlanden - und nicht nur dort! - vgl. die Wahlerfolge rechtspopulistischer, immer auch ausländer-feindlicher Parteien von Hamburg über Dänemark bis Frankreich und Italien - hat allerdings komplexe und tiefere Ursachen als sie hier diskutiert werden können.

15) Ausführlicher der Handlungsleitfaden: Jaeckel/Erlor (2003 a)

16) Das ist eine Perspektive, die in Deutschland sehr viel schwerer konzeptionell denkbar scheint als in angelsächsischen Ländern, wo der „community-Begriff“ unbefangen verwandt wird und positiv konnotiert ist. In Deutschland ist der „Gemeinschafts-“, aber auch der Nachbarschaftsbegriff aus der Rück Erinnerung an die Volksgemeinschaftsideologie im Dritten Reich und an die Funktionalisierung von Nachbarschaften für beide Diktaturen gleichsam kontaminiert, und dem „Gemeinwesen“-Begriff haftet im Deutschen etwas künstlich Konstruiertes an, weshalb die Handlungskonzepte im Programm „Soziale Stadt“ ihn fast durchweg meiden und die (west)deutsche Tradition der Gemeinwesenarbeit regelrecht verleugnen, worauf vor allem Wolfgang Hinte immer wieder hinweist.

17) Vgl. Salman 2000; Dixit 2000; Salman/Collatz (1999)

18) Vgl. Ulich/Oberhuemer/Soltendieck (2000)

19) Halm (2001)

20) Vgl. Hunger/Thränhardt (2001)

21) Landeshauptstadt München, Direktorium, Stelle für Interkulturelle Zusammenarbeit (Hrg.) (2003)

22) Das Projekt trug den Titel ADEPT - Access for Disadvantaged Adults to Education and Employment Through Portfolio Techniques - und befasste sich mit der Eröffnung von Zugängen für Benachteiligte zu Bildungswegen und Erwerbsarbeit mit Hilfe von Portfolio-Techniken. Die Kompetenzbilanz für Migranten/innen stellt eine solche Portfolio-Technik dar. Am Projekt, das vom Department for Education DEIS am Cork Institute of Technology koordiniert wurde, war außer Partnern aus Irland und Nordirland auch ein griechischer Bildungsträger mit Sitz in Athen - ERGON-KEK - beteiligt, der in enger Anlehnung an die Kompetenzbilanz für Migranten/innen für die Zielgruppe der oft hochqualifizierten Zuwanderer/innen nach Griechenland aus osteuropäischen und GUS-Nachfolgestaaten ein Instrument zur Kompetenzfeststellung mit Hilfe biografischer Methoden entwickelt und eingesetzt hat.

LITERATUR

Allmendinger, Jutta (1999): Bildungsarmut: Zur Verschränkung von Bildungs- und Sozialpolitik. In: Soziale Welt 1/1999, 35-50

Armutsprävention bei allein Erziehenden am Beispiel der Stadt Nürnberg (2003), unv. Projektmaterialien des Deutschen Jugendinstituts, siehe www.dji.de

Barabas, Friedrich K./Erler, Michael 2001: Die Familie. Lehr- und Arbeitsbuch für Familiensoziologie und Familienrecht. Weinheim und München: Juventa

Baumert, Jürgen u.a. (2001) (= Baumert, Jürgen/Klieme; Eckhard/Neubrand, Prenzel, Michael Manfred/ Schiefele, Ulrich; Schneider, Wolfgang; Stanat, Petra; Tillmann, Klaus-Jürgen, Weiß, Manfred(Hrsg.) (2001) Deutsches PISA-Konsortium. PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich. Opladen: Leske + Budrich
Boos-Nünning, Ursula (2000): Familien in der Migration - Lebens- und Wohnsituation und Auswirkungen für soziale Versorgungsstrukturen. In: David, Matthias/ Borde, Theda/ Kentenich, Heribert (Hrg.): Migration - Frauen - Gesundheit. Perspektiven im europäischen Kontext. Frankfurt am Main

Dixit, Eva (2000): Dolmetscherdienst im Krankenhaus. In: Stadt Frankfurt am Main - Amt für multikulturelle Angelegenheiten/Stadtgesundheitsamt: Gesundheitliche Versorgung von Migrantinnen und Migranten. Dokumentation der Anhörung in Frankfurt am Main am 22. September 1999 im Plenarsaal der Stadtverordnetenversammlung im Römer, 22-24

Elschenbroich, Donata (2000): Weltwissen der Siebenjährigen. Wie Kinder die Welt entdecken können. München: Antje Kunstmann

Gogolin, Ingrid/Nauck, Bernhard (Hrsg.) (2000): Gesellschaftliche Differenzierung und Bildung. Resultate des Forschungsschwerpunktprogramms FABER. Opladen: Leske & Budrich

Halm, Dirk (2001): Interkulturelles Konfliktmanagement. Endbericht zum Projekt. Essen: Zentrum für Türkeistudien

Hunger, Uwe/Thränhardt, Dietrich (2001): Vom „katholischen Arbeitermädchen vom Lande“ zu „italienischen ‘Gastarbeiterjungen‘ aus dem Bayerischen Wald: Zu den neuen Disparitäten im deutschen Bildungssystem. In: Rat für Migration e.V. (2001): Integration und Illegalität in Deutschland, hrsg. von Bade, Klaus J., Osnabrück: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS)

Jaeckel, Monika/Erler, Wolfgang (2003 a): „Eigentlich sind wir hier schon das Vereinte Europa“. Integration vor Ort gestalten. Handlungsmodelle für die nachhaltige Integration von Familien mit Migrationshintergrund in Kommune und Stadtteil. München: Deutsches

Jugendinstitut

Jaeckel, Monika/Erler, Wolfgang (2003 b): Kompetenzbilanz für Migrant/inn/en. Checkliste zur Einschätzung der eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten. München: Deutsches Jugendinstitut

Kaufmann, Franz-Xaver (2001): Der deutsche Sozialstaat im internationalen Vergleich, in: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und Bundesarchiv (Hrg.): Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Band 1: Grundlagen der Sozialpolitik, 799-989

Landeshauptstadt München, Direktorium: Stelle für Interkulturelle Zusammenarbeit (Hrg.) (2003): Orientierung in München. Evaluation der Pilotphase – Orientierungskurse für Zuwanderer. Erler, Wolfgang/Jaekel, Monika/Spohn, Margarete (Bearb.)

Mehrländer, Ursula./Ascheberg, Carsten/ Keltzhöfer, Jörg 1996: Repräsentativuntersuchung '95: Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland, Forschungsbericht Nr. 263, Berlin/ Bonn

Nauck, Bernhard (1994): Bildungsverhalten in Migrantenfamilien. In: Büchner, Peter/ Grundmann, Matthias/ Huinink, Johannes/ Krappmann, Lothar/ Nauck, Bernhard/ Meyer, Dagmar/Rothe, Sabine: Kindliche Lebenswelten, Bildung und innerfamiliäre Beziehungen. Materialien zum Fünften Familienbericht, Band 4, Weinheim/ München: DJI/Juventa, 105-141.

Salman, Ramazan/Collatz, Jürgen (1999): Gemeindedolmetscher im Gesundheitswesen - Handlungsbedarf und Handlungsempfehlungen für den Einsatz von Gemeindedolmetschern im Gesundheitswesen, in: Gesundheit und Migration. Handlungsbedarf und Handlungsempfehlungen. Experten-Workshop Juli 1999. Dokumentation (= Mitteilungen der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen), 52-54

Salman, Ramazan (2000): Der Einsatz von (Gemeinde-)Dolmetschern im Gesundheitswesen als Beitrag zur Integration. In: Gardemann, Joachim/Müller, Wolfgang/ Remmers, Angelika (Hrg.): Migration und Gesundheit. Perspektiven für Gesundheitssysteme und öffentliches Gesundheitswesen. 23. Bis 25.4. 2000. Hilden. Tagungsdokumentation (= Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf, Berichte und Materialien Band 17, 91-105)

Sauer, Martina/Goldberg, Andreas (2002): Die Lebenssituation und Partizipation türkischer Migranten in Nordrhein-Westfalen: Zweite Mehrthemenbefragung (= Materialien und Berichte des Zentrums für Türkeistudien. Band 6). Münster: LIT

Spohn, Margret (2002): Türkische Männer in Deutschland. Familie und Identität - Migranten

der ersten Generation erzählen ihre Geschichte. Bielefeld: transcript

Straßburger, Gabi (2003): Heiratsverhalten und Partnerwahl im Einwanderungskontext. Eheschließungen der zweiten Migrantengeneration türkischer Herkunft. Würzburg: Ergon

Ulich, Michaela/Oberhuemer, Pamela/Solten-dieck, Monika (2000): Interkulturelle Arbeit und Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen. Hrg. vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit. München

Waltz, Viktoria (2000): Zuwanderung und Urbanität, in: Beauftragte der Bundesregierung (Hrsg.) In der Diskussion, Nummer 9: Integration in Städten und Gemeinden. Bonn/Berlin

Weidemann, Sigi (2002): Ernüchternde Bilanz der Integrationskurse in den Niederlanden: Nach 600 Unterrichtsstunden kaum ein Wort. In: Süddeutsche Zeitung, 29.3.2002

Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2003): Die bildungspolitische Bedeutung der Familie - Folgerungen aus der PISA-Studie. Stuttgart u.a. (= Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Band 224)

Kontakt:

Wolfgang Erler

Deutsches Jugendinstitut e.V. (DJI)

Nockherstr. 2

81541 München

Fon: 0911-231-3989

Email: erler@dji.de